Aus der letzten Gemeinderatssitzung am 21. November 2016

1. Einwohnerfragestunde

Ein Bürger informierte sich über die Erweiterung des VVS im Kreis Esslingen. Aus den Medien hat er entnommen, dass im Landkreis Göppingen eine Verbesserung des Nahverkehrs geplant ist und als Berufspendler würde er eine solche Verbesserung auch im Landkreis Esslingen befürworten. Er bemängelte, dass man von Stuttgart aus lediglich im Halbstundentakt mit der S-Bahn bis nach Esslingen kommt. Außerdem ist von Plochingen aus nur einmal pro Stunde eine Busverbindung vorhanden. Er bat darum, das Anliegen im Verbund vorzubringen, damit über die Ausweitung des Netzes beraten werden kann. Eventuell könne man sich mit der Gemeinde Hochdorf zusammentun um die Busanbindung auszubauen. Insbesondere im Rahmen der Feinstaubproblematik hält er den Ausbau des Nahverkehrsnetzes für unumgänglich.

Bürgermeister Haumacher wies darauf hin, dass derzeit federführend vom Landkreis eine Planung zur allgemeinen Verbesserung des Nahverkehrsnetzes durchgeführt wird. Er wird das Anliegen vorbringen und um Beachtung bitten.

In diesem Zusammenhang machte der Bürger weiterhin darauf aufmerksam, dass ein Bushaltestellenhäuschen in der Hochdorfer Straße sinnvoll wäre, denn hier stehen Pendler und Schüler im Regen, wenn sie auf den Bus warten.

Bürgermeister Haumacher ergänzte hierzu, dass sich der Grund und Boden womöglich in Privateigentum befinde. In der Vergangenheit waren die Eigentümer dagegen. Er wird das aber nochmals prüfen und den Eigentümer ansprechen.

Anschließend bat der Bürger nochmals darum einen Fahrradwegweiser "Eichert/Hochdorf" im Limburgweg anzubringen, da dort mehrmals in den vergangenen Jahren Fahrradfahrer falsch abgebogen seien.

<u>2. Einführung eines Geodateninformationssystems (GIS) – Beratung und Beschlussfassung</u>

Im Arbeitsalltag in der öffentlichen Verwaltung schreiten die Digitalisierung und das Arbeiten ohne Papier immer weiter fort. Gleichzeitig ist das Arbeiten ohne Pläne, Verzeichnisse, Kataster oder Karten nicht denkbar, da tagtäglich Anfragen an die Verwaltung gerichtet werden, die ohne das Material nicht beantwortet werden können.

Um die Arbeit in der Verwaltung zu vereinfachen, bieten Geografische Informationssysteme die Möglichkeit, Informationen aus Karten, Plänen und Verzeichnissen in ein Programm einzuarbeiten und so eine Vielzahl von Inhalten in einem Programm zu bündeln. So können sämtliche Bebauungspläne, Kanal- und Wasserleitungspläne, aber auch Karten, die das Landschafts- oder Vogelschutzgebiet darstellen, eingearbeitet werden und ämterübergreifend genutzt werden. Die Daten werden dann den entsprechenden Flurstücken und Gebieten zugeordnet. Die Anwendung eines solchen Systems erleichtert die Arbeit in der Verwaltung, weil auf das Heraussuchen unterschiedlicher Pläne, verzichtet werden kann. Durch die Auswahl eines konkreten Flurstücks ist beispielsweise direkt zu erkennen, ob dieses im Geltungsbereich eines Bebauungsplans liegt, wie groß das Grundstück ist und wer der Besitzer ist. Weiterhin können Flächen mithilfe des Systems ausgemessen werden. Bürgern können so maßstabsgetreue Ausschnitte der Gemarkungsfläche zur Verfügung gestellt werden.

Das der Verwaltung angebotene Programm dvv.webGIS verfügt über unterschiedliche Module, die der Verwaltung bei einer Präsentation im Haus, vorgestellt wurden. Für unsere Gemeinde sind insbesondere die Module Liegenschaften, gesplittete Gebühren und Kanal interessant.

Die Einführung eines GIS-Systems ist mit einmaligen und jährlichen Kosten verbunden. Die einmaligen Kosten setzen sich aus dem Lizenzerwerb des dvv.webGIS, Kosten für einen Workshop, sowie der Bereitstellung eines WebGIS-Projekts zusammen. Die jährlichen Kosten ergeben sich aus dem anfallenden Pflegeaufwand. Das Angebot des KDRS liegt der Sitzungsvorlage bei. Der Verwaltung liegt darüber hinaus noch ein weiteres Angebot für ein

GIS der Firma GERST Ingenieure vor. Dieses liegt preislich über dem des Rechenzentrums und entspricht nicht den Vorstellungen der Verwaltung.

Ein Gemeinderat möchte wissen, ob auch andere Kommunen in der Größenkategorie von Notzingen ein solches System verwenden. Dies kann bejaht werden. Es sind kaum Gemeinden bekannt, die ein solches System noch nicht eingeführt haben. Der Gemeinderat hält die Anwendung eines GIS-Systems für zeitgemäß.

Ein Gemeinderat machte auf einen Passus im Vertragsschreiben aufmerksam. Hier wird vermerkt, dass sich der Auftragnehmer vorbehält, die Auftragsbedingungen auch an Dritte weiterzugeben. Er bat hier nochmals nachzufragen und genau zu prüfen.

Ein Gemeinderat hält das System für sinnvoll und rechnet damit, dass sich dieses auch nach einiger Zeit amortisieren wird, da einige Leistungen, die derzeit von einem Ingenieurbüro übernommen werden, dann selbstständig erledigt werden können. Er hält es für wichtig sicherzustellen, dass das System auch in Zukunft kompatibel mit Zusatzmodulen sein wird. Weiterhin hält er die Aktualisierung mit Luftbildern für sinnvoll.

Ein Gemeinderat informierte sich über die Datensicherung, da auch im Falle eines Systemabsturzes gewährleistet werden muss, dass die Gemeinde auf die Informationen zurückgreifen kann. Das Rechenzentrum verfügt in Bezug auf die Sicherheit über höchste Standards. Herr Kebache macht sich diesbezüglich keine Sorgen und verweist auf Cloud-Programme und den Exchange Server. Weiterhin werden alle Planunterlagen, die elektronisch eingepflegt werden, in Papierform vorgehalten.

Ein Gemeinderat merkte an, dass sowohl die Papierform als auch das System gepflegt werden muss, da sonst kein aktueller Stand mehr möglich ist.

In diesem Zusammenhang machte Herr Kebache darauf aufmerksam, dass im Jahr 2017 die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems geplant ist. So kann die Papierform langfristig abgeschafft werden und ein übersichtliches Ablageformat errichtet werden.

Der Gemeinderat fasste folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Der Anschaffung eines Geografischen Informationssystems wird zugestimmt.
- 2. Dem Angebot des KDRS über die Einführung den Betrieb des Geografischen Informationssystems dvv.webGIS wird zugestimmt.

3. Austausch des Warmwasserbereiters in der Sporthalle - Auftragsvergabe

Im vorhandenen Wasserspeicher in der Sporthalle wurde eine Undichtigkeit im Rohr des Wärmetauschers festgestellt. Eine Reparatur ist nach Aussage der Techniker nicht möglich, da der Wärmetauscher eingeschweißt und somit nicht zugänglich ist. Für den Austausch des Warmwasserbereiters wurden zwei Angebote eingeholt. Der vorhandene Bereiter soll durch einen neuen Pufferspeicher (800 Liter) ersetzt werden. Bei diesem Gerät wird sich der Wärmetauscher außerhalb des Puffers befinden und kann künftig bei Problemen auch repariert bzw. ausgetauscht werden.

Das Angebot der Firma Bezler beläuft sich auf 10.000,- € inklusive Montage und inklusive Mehrwertsteuer. Die Firma Klein hat den neuen Pufferspeicher für 9.841,30€ angeboten. Weiterhin wurde vorgeschlagen, die vorhandene und bereits in die Jahre gekommene Umwälzpumpe durch ein neueres und stromsparendes Exemplar auszutauschen. Die Firma Hans Klein GmbH bietet eine hocheffiziente Pumpe zum Preis von 850 € (netto) an. Im Ausschuss für Technik und Umwelt wurde die Sachlage bereits vorab beraten und ein Austausch für notwendig erachtet.

Der Gemeinderat fasste folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Die Firma Hans Klein GmbH erhält zum Angebotspreis von 9.841,30 € den Auftrag zum Austausch des Warmwasserbereiters in der Sporthalle.
- 2. Die Firma Hans Klein GmbH wird beauftragt, die vorhandene Umwälzpumpe durch ein leistungsfähigeres Modell auszutauschen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 850 € (netto).

4. Einbau eines Beamers mit Lichtbildwand in der Gemeindehalle - Auftragsvergabe

In der öffentlichen Sitzung vom 10.10.2016 hat der Gemeinderat dem Einbau eines Beamers und einer Lichtbildwand (sog. Leinwand) zugestimmt. Die Gemeindeverwaltung wurde daher ermächtigt, anhand eines Leistungsverzeichnisses entsprechende Angebote bei mindestens zwei Firmen für den Einbau eines solchen Beamers und einer Leinwand in der Gemeindehalle einzuholen.

Die Verwaltung hat daher anhand eines Leistungsverzeichnisses 2 Firmen um Abgabe eines entsprechenden Angebots gebeten. Bei den beiden Firmen handelte es sich um die Firma VIP Systemtechnik GmbH & Co.KG, die bereits die komplette Elektro- und Systemtechnik in der Gemeindehalle installiert hat, und um die Firma Krause Bühnentechnik e.K., die für die Bühnentechnik in der Gemeindehalle verantwortlich ist. Beide Firmen hatten vorab der Verwaltung signalisiert, dass sie auch im Bereich Beamer und Leinwandtechnik tätig sind und gerne bei einer Ausschreibung ein Angebot abgeben würden.

Beide Firmen wurden daher zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Der Abgabetermin für die Angebote wurde auf den 04.11.2016 festgesetzt. Zum Abgabetermin ging jedoch nur ein Angebot von der Firma VIP Systemtechnik GmbH & Co.KG ein. Da die Verwaltung in ihrem Leistungsverzeichnis mit aufgenommen hatte, dass sowohl der Beamer und die Leinwand in die bestehende Systemtechnik der Gemeindehalle mit aufgenommen werden muss, hat die Firma Krause Bühnentechnik e.K. bereits vor Abgabetermin der Verwaltung mitgeteilt, dass sie diese Arbeiten hierfür an eine externe Firma vergeben müsste und das Angebot dann zu teuer werden würde. Die Verwaltung bat trotzdem um Abgabe eines entsprechenden Angebotes. Zum Abgabetermin ging von der Firma Krause Bühnentechnik e.K. hierfür allerdings kein Angebot mehr ein.

Das Angebot der Firma VIP Systemtechnik GmbH & Co.KG beläuft sich auf insgesamt 25.061,57 €/Brutto. Dieses entspricht in etwa der Kostenschätzung, welches sich die Gemeinde hierfür bereits vor der Ausschreibung angeboten lassen hat. Da die Gemeinde mit ihrer Gemeindehalle zu einem Anteil von 92,26 % zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, würde sich die Auftragssumme für den Einbau des Beamers und der Leinwand in der Gemeindehalle nur auf 21.369,85 €/Netto belaufen. Durch den Vorsteuerabzug könnten daher rund 3.700 € eingespart werden.

In der Gemeinderatssitzung vom 10.10.2016 wurde bei der Vorstellung des Themas zudem darauf hingewiesen, dass die Oberfenster auf der Ostseite mit einer Sonnenschutzanlage ausgestattet werden müssten, da ansonsten je nach Stand der Sonne, die Projektion vom Beamer auf der Leinwand deutlich beeinträchtigt wird. Hierfür hatte die Gemeinde bereits vorab bei der Firma Kleefeld aus Kirchheim ein Angebot eingeholt, welches sich auf rund 6.300 € belief. Von Seiten des Gemeinderates wurde hierzu allerdings angeregt, ob es nicht möglich wäre, die Lumenleistung des Beamers zu erhöhen, so dass auf eine solche Sonnenschutzanlage verzichtet werden könnte. Nach Rücksprache mit der Firma VIP Systemtechnik wurde hierzu mitgeteilt, dass dadurch zwar nochmals deutlich die Helligkeit des Beamers auf der Leinwand erhöht wird allerdings vermutlich komplett auf einen Lichtschutz nicht verzichtet werden kann. Grund hierfür ist vor allem der lange Weg der Projektion bis zur Leinwand (rund 21 Meter). Je höher die Lumenleistung eines Beamers ist, umso besser wird allerdings die Projektion auf der Leinwand. Aus diesem Grund wurde im Leistungsverzeichnis mit aufgenommen, dass die Firmen neben dem Beamer mit 10.000 ANSI-Lumen auch noch ein Alternativangebot für einen Beamer mit 12.500 ANSI-Lumen und einen Beamer mit 14.500 ANSI-Lumen anbieten können. Angeboten wurden von der Firma VIP Systemtechnik daher noch ein Beamer mit 12.500 ANSI-Lumen und ein Beamer mit 20.000 ANSI-Lumen. Einen Beamer mit 14.500 ANSI-Lumen konnte die Firma VIP Systemtechnik nicht anbieten, da sie in diesem Segment keinen haben. Der Preis für den Beamer mit 10.000 ANSI-Lumen liegt dabei bei 9.620 €/netto. der mit 12.500 ANSI-Lumen bei 15.359,20 €/netto und der mit 20.000 ANSI-Lumen bei 26.117,20 €/netto. Hinzu kommt, dass bei den beiden Beamer mit der höheren Lumenleistung ein anderes Objektiv benötigt wird. Der Aufpreis hierfür liegt bei beiden Beamer bei 2.587,20 €/netto.

Um überhaupt eine Entscheidung hierüber treffen zu können, ob ein höherwertiger Beamer nicht sinnvoller für die Gemeindehalle wäre, besteht die Möglichkeit, sich diese durch die Firma VIP Systemtechnik im Rahmen einer ATU-Sitzung vorstellen zu lassen. Die Bemusterung der Videoprojektoren wurde allerdings 540,00 €/netto zusätzlich kosten,

nachdem die Geräte von der Firma VIP Systemtechnik ebenfalls zur Bemusterung angeschafft werden müssten. Hinzu kommt, dass nach Ansicht der Verwaltung lediglich darüber entschieden werden sollte ob der Beamer mit 10.000 ANSI-Lumen oder mit 12.500 ANSI-Lumen in Betracht kommt. Der Beamer mit 20.000 ANSI-Lumen ist nach Ansicht der Verwaltung für die Gemeindehalle viel zu hoch dimensioniert und dürfte alleine schon aus Gründen des Preises nicht in Betracht kommen.

Ferner empfiehlt es sich zudem, nochmals mit den Mitgliedern des Ausschusses für Technik und Umwelt (ATU) in die Gemeindehalle zu gehen um über die genaue Befestigung der Leinwand zu entscheiden. Bisher war angedacht die Leinwand an einer dafür speziell hergestellten L-Konstruktion zu befestigen, die vor dem Vorhang befestigt werden sollte. Nach Aussage des Technikers von der Firma VIP Systemtechnik wäre die Leinwand allerdings dann von der Halle aus gesehen für jeden ersichtlich. Auch das wurde bei der letzten Sitzung angeregt, dass dieses nicht erwünscht ist. Um daher für die Leinwand die optimale Position zu finden, empfiehlt es sich, dieses nochmals im Rahmen der nächsten ATU-Sitzung zu begutachten. In diesem Fall könnte dann auch eine Bemusterung der beiden anderen Videoprojektoren vorgenommen werden, die dann von einem Techniker der Firma VIP Systemtechnik direkt vor Ort vorgestellt werden könnte.

Die Gemeindeverwaltung schlug daher vor, zunächst die Vergabe für den Einbau eines Beamers und einer Leinwand an die Firma VIP Systemtechnik GmbH & Co.KG zu deren Angebotspreise zu vergeben. Die Gemeinde lässt sich allerdings bis zu einer endgültigen Entscheidung durch die Mitglieder des ATU offen für welchen Beamer sie sich entscheiden und wo die Leinwand auf der Bühne genau befestigt werden soll. Auf dieser Grundlage soll dann eine Auftragsvergabe an die Firma VIP Systemtechnik GmbH & Co.KG erfolgen. Die Gemeinderäte haben ebenfalls nochmals das ausführliche Angebot von der Firma VIP Systemtechnik GmbH & Co. KG, welches mit dem Leistungsverzeichnis übereinstimmt, zur Durchsicht erhalten.

Ein Gemeinderat möchte wissen, wie die Ansteuerung des Beamers und der Leinwand vorgesehen ist. Das Leistungsverzeichnis sieht hierfür eine Ansteuerung über das Tablet vor, die vorhandene Systemtechnik wird also um das neue Modul *Beamer/Leinwand* ergänzt. Weiterhin regte er an zu überlegen, ob der Beamer nicht in der Mitte der Halle oder vor der Bühne angebracht werden kann. So werden die 21 Meter Distanz, die von dem Beamer überbrückt werden muss, verkleinert. Heutzutage sei es durchaus denkbar, Beamer mit einer Schrägstellung anzubringen. Seiner Auffassung nach ist eine Abhängung in der Mitte der Halle auch nicht störend. Dieser Aspekt wird im Rahmen der ATU-Sitzung mit dem Fachmann abgesprochen.

Ein Gemeinderat rät, den Sonnenschutz und die Anschaffung eines Beamers bzw. einer Leinwand getrennt voneinander zu betrachten. Der Sonnenschutz könne jederzeit noch nachgerüstet werden. Er schlug vor die Leinwand auf der Bühne nach hinten zu versetzen (hinter den Vorhang), da so ein besseres Bild erreicht werden kann.

Ein Gemeinderat informierte, dass durch eine Abdunkelung der Oberlichter eine Einsparung von 3.000 – 4.000 ANSI-Lumen beim Beamer erreicht werden kann. Weiterhin war er der Auffassung, dass der Beamer noch andere technische Ausstattung haben muss, da der Preis sonst nicht gerechtfertigt sei. Er rät den Mitgliedern des ATU, auf den technischen Vorteil zu achten und falls dieser nicht überzeugend ist, eine Verdunkelung zu beschießen. Ein Gemeinderat sprach sich für einen Sonnenschutz an der Ostseite aus, auch unabhängig von einem Beamer. Bei Veranstaltungen am Vormittag oder auch Proben der Bläserklasse wurde bereits mehrfach über den störenden Lichteinfall geklagt. Weiterhin bat er den ATU darum, bei der Präsentation den Beamer auch die verschiedenen Blickwinkel in der Gemeindehalle zu beachten (von der Empore, von unten bzw. von der Seite). Er bat weiterhin darum, darauf zu achten, dass die Gestänge hinter der Bühne auch für Dekoartikel weiterhin zur Verfügung gestellt sein müssen und dass die Leinwand luftschalldicht aufgehängt wird, damit es zu keinen störenden Hintergrundgeräuschen während Musikveranstaltungen kommt.

Der Gemeinderat fasste folgenden einstimmigen Beschluss:

- Die Auftragsvergabe für den Einbau eines Beamers und einer Lichtbildwand (sog. Leinwand) in der Gemeindehalle erfolgt zu deren Angebotspreise an die Firma VIP Systemtechnik GmbH & Co. KG.
- Die Mitglieder des Ausschusses für Technik und Umwelt werden ermächtigt zu entscheiden, ob der Beamer mit 10.000 ANSI-Lumen oder der Beamer mit 12.500 ANSI-Lumen eingebaut werden soll und wo genau die Leinwand auf der Bühne in der Gemeindehalle angebracht werden soll.

5. Abrechnung Seniorennachmittag 2016

Insgesamt fielen Kosten in Höhe von 5.227,39 € an. Der Anteil, der von der Genossenschaftlichen Altenstiftung übernommen wird, beläuft sich auf 2540,11 €. Der Gemeinderat nahm davon Kenntnis.

<u>6. Anfrage des Tennisclubs auf Zuschuss für Austausch des Kunstrasenbelages bei</u> Platz 1

Der Tennisclub frägt an, ob ein Zuschuss für den Austausch des Kunstrasenbelages von Platz 1 erhalten werden kann (Platz 1 ist der in der Nähe des Vereinsheimes gelegene Platz). Im Jahr 2012 erhielt der Tennisverein 5.000 € Zuschuss zur Reparatur eines Platzes. Idee im ATU war, 2.500 € zu gewähren und anzubieten, dass sich die Gemeinde um eine Erneuerung der Stromversorgung im Bereich Eichert kümmert und sich teilweise (oder großteils oder ganz) finanziell beteiligt. Derzeit ist die Stromversorgung für die Bereiche Tennisvereinsheim, Gaststätte und Sportanlagen zu schwach. Ende 2015 wurden Informationen diesbezüglich ermittelt. Die Kosten würden (ohne konkrete Detailplanung) bei einer direkten Stromversorgung des Tennisvereinsheimes bei ungefähr 25.000 € liegen. Abgesehen von dieser Thematik wäre überlegenswert, auch für den Bereich des Rasenplatzes eine Flutlichtanlage zu installieren (gibt es derzeit nur für den Kunstrasen und den Bereich der Weitsprunganlage im hinteren Bereich des Rasenplatzes). Auch könnte in diesem Zuge eine Beleuchtungsanlage für den Bereich Beachvolleyballfeld und nächstes Jahr errichtetem Multifunktionsfeld geschaffen werden.

Der Tennisclub findet den Vorschlag des Ausschusses für Technik und Umwelt über einen Zuschuss von 2.500 € gut. Sie können dieses gut gebrauchen, da neben dem neuen Belag auch ein neuer Rasenmäher angeschafft werden muss sowie die Bahnschwellen am Treppenaufgang ausgetauscht werden sollen.

Der Gemeinderat beratschlagt über die Anlegung eines separaten Stromanschlusses. Ein Gemeinderat merkte hierzu an, dass bei der Herstellung der Tennisanlage damals Geld gespart werden sollte und aus diesem Grund an den Hausanschluss vom TSV angeschlossen wurde. Im Rahmen der Küchenmodernisierung kam das Problem erstmals zur Kenntnis, da die Stromleitung des TSV nicht stark genug ist um beispielsweise eine Fritteuse darüber zu versorgen. Der TSV sei jahrelang auf den Tennisclub zugegangen und habe angeregt, den Strom über die Straße an das Vereinsheim zu legen. Damals lag ein Angebot für die Herstellung eines Anschlusses für 1.500 DM/€ vor, woraufhin leider nicht die Initiative ergriffen wurde. Die Kosten werden heute ein Vielfaches davon betragen. Ein Gemeinderat sieht die Aufgabe der Gemeinde darin einen Stromanschluss für Sportstätten herzurichten. Auch über die Anschaffung einer neuen Flutlichtanlage bzw. einer ergänzenden Anlage ist derzeit nicht zu debattieren, da die Stromleistung hierfür nicht ausreichend ist.

Bürgermeister Haumacher ergänzte, dass er von Herrn Wagner die Aussage bekommen hätte, dass sich allein die Materialkosten für die Verlegung eines Stromkabels von der Gaststätte bis zum Tennisheim rd. 16.000 € belaufe.

Ein Gemeinderat bat darum ein Angebot bei der Netze BW diesbezüglich einzuholen. Ein Gemeinderat war der Auffassung, dass dies kein Dauerzustand sein könne und bat darum auch Kontakt zu den beiden Vereinen aufzunehmen und eventuell eine gemeinsame Lösung zu finden.

Der Gemeinderat sprach sich mit 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen für einen Zuschuss von 2.500 € für den Austausch des Kunstrasenplatzes aus.

Bürgermeister Haumacher informierte anschließend über die Herstellung eines blitzschutzsicheren Unterstands auf dem Sportgelände. Er hat hierfür Kontakt zu der Firma HG Elektrotechnik. Diese wird ein Angebot zur Erstellung einer Ausschreibung einreichen. Geprüft wird darüber hinaus auch die Blitzschutzsicherheit des Pavillons.

Ein Gemeinderat informierte sich, wie es sich in Bezug auf die Bushaltestellen verhält. Diese seien auch nicht blitzschutzsicher.

Ein Gemeinderat bat bei einer Umrüstung der Flutlichtanlage auch darauf zu achten, dass diese energetisch sinnvoller gestaltet wird und auch das Licht besser abstrahlt. Bürgermeister Haumacher informierte, dass es zwar LED-Flutlichtanlagen gebe, diese aber mit Kosten von 50 – 60.000 Euro zu Buche schlagen. Derzeit sei die Anschaffung einer solchen Anlage nicht attraktiv.

Ein Gemeinderat bat bei der Herstellung des Stromanschlusses erneut zu prüfen, welche Möglichkeiten es in Bezug auf den Austausch einer Beleuchtung gibt. Eventuell sei die LED-Technik in 2 -3 Jahren auch technisch weiterentwickelt. Derzeit könne er sich die Anschaffung von Xenon-Lichtern vorstellen.

7. Bausachen

Es lagen keine Bausachen zur Prüfung vor.

8. Bekanntgaben

8.1 Sanierung der Landesstraße

Bürgermeister Haumacher gab den Gemeinderäten eine schriftliche Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart zur Kenntnis.

Nach Aussage von einem Mitarbeiter des Regierungspräsidiums ist nach derzeitigem Stand keine Fahrbahndeckenerneuerung an der Landesstraße angedacht. Im Fall einer Sanierung der Wasserleitungen durch die Gemeinde würde sich das Land gegebenenfalls an den Kosten für eine Fahrbahndeckenerneuerung beteiligen, sofern die Haushaltslage dies zulässt. Konkrete Zusagen könnten aber nicht gemacht werden. Der Vertreter des Regierungspräsidiums schätzt die Spielräume allerdings für nicht vorhanden ein. Auch in Bezug auf die Ertüchtigung eines Verkehrsflusses im Ortszentrum sieht er keinen Handlungsbedarf, da es an dem Knotenpunkt keinen Unfallschwerpunkt gebe und aus diesem Grund keine finanziellen Ressourcen hierfür zur Verfügung gestellt werden sollen. Weiterhin informierte Bürgermeister Haumacher, dass Herr Unger momentan damit beschäftigt ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Hauptwasserleitung von Kirchheim kommend saniert werden muss. Eventuell könnte dieses Projekt 2017 oder 2018 angegangen werden und die Fahrbahndecke gleichzeitig erneuert werden.

8.2 Gesetzmäßigkeit des Nachtragshaushalts 2016

Herr Kebache informierte, dass die Gesetzmäßigkeit der Nachtragshaushaltssatzung von Seiten des Landratsamts bestätigt wurde.

9. Verschiedenes

9.1 Vergabe Heizungsinstallation, Gerüstarbeiten und Elektrotechnik - Neubau Wellinger Straße 13

Für den Neubau Wellinger Straße 13 wurden die Gewerke für die Heizungsinstallationen, die Elektrotechnik und die Sanitärleistungen ausgeschrieben, ebenso die Gerüstbauarbeiten. Auf die Ausschreibung der Heizungsinstallationen hin ging ein Angebot ein, von der Firma Maier Heiztechnik in Köngen. Der Planer empfiehlt, den Auftrag an die Firma Maier zu vergeben.

Bei der Ausschreibung Elektrotechnik gingen zwei Angebote ein.

Für die Sanitärleistungen ging kein Angebot ein, es wird eine beschränkte Ausschreibung hierzu folgen.

Für den Gerüstbau haben auf die beschränkte Ausschreibung hin sieben Bieter Angebote abgegeben.

Ein Gemeinderat informierte sich ob eine Vergabe getätigt werden kann, wenn nur 1 Angebot eingegangen ist. Dies wurde von Seiten der Verwaltung bejaht, solange die Kosten von Sachverständigen geprüft wurden ist eine Vergabe auch dann möglich.

Ein Gemeinderat war der Auffassung, dass auch der Haus- und Hofinstallateur der Gemeinde von den Architekten hätte angefragt werden können. Dies wurde auch getan. Ein Gemeinderat merkte hierzu an, dass die VOB dies nicht vorsieht. Bei einer öffentlichen Ausschreibung habe jeder Unternehmer die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Das konkrete Ansprechen von Firmen hält er für nicht gut.

In Bezug auf die Elektrotechnik gingen zwei Angebote ein. Ein Angebot der Firma Elektro Sever aus Stuttgart (52.165,84 €) und ein Angebot der Firma Elektroservice Schulz aus Kirchheim (43.618,01).

Der Gemeinderat fasste folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Die Arbeiten der Heizungsinstallation werden vergeben an die Firma Maier Heiztechnik aus Köngen zum Angebotspreis von 70.863,07 €.
- 2. Die Gerüstbauarbeiten werden vergeben an die Firma Hubrig Gerüstbau aus Dürnau zum Angebotspreis von 7.870,71 €.
- 3. Die Elektroarbeiten werden an die Firma Schulz Elektroservice aus Kirchheim zum Angebotspreis von 43.618,01 € vergeben.

9.2 Radwegbeleuchtung Kirchheim

Bürgermeister Haumacher lobte das Engagement eines Gemeinderats, der sich bereits einige Zeit für die längere Beleuchtung des Radweges nach Kirchheim einsetzt. Nun hatte er Kontakt mit Frau Oberbürgermeisterin Matt-Heidecker, die sich schlussendlich auch mit der Verlängerung der Zeiten einverstanden gezeigt hat. Eine Stellungnahme der Naturschutzbehörde ging bis dato noch nicht ein. Fraglich ist nun, wie lang die Leuchten angeschaltet werden sollen.

Ein Gemeinderat schlug hier vor, nicht zu aggressiv vorzugehen, da er mit dem NABU bereits auf Landesebene kommuniziert. Er schlug aus diesem Grund eine Ausweitung der Leuchtzeiten bis 24.00 Uhr vor.

Bürgermeister Haumacher wird die EnBW damit beauftragen.

9.3 Sammlung für die Kriegsgräberfürsorge

Bürgermeister Haumacher gab bekannt, dass der Tennisclub 1.116 € für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge gesammelt hat. Dem Tennisclub wird für das Engagement gedankt.

9.4 Verkauf eines Stellplatzes in der Kirchheimer Straße

Bürgermeister Haumacher wurde von Anliegern der Kirchheimer Straße angesprochen, die einen der dort vorhandenen öffentlichen Parkplätze (gegenüber dem evangelischen Gemeindehaus) erwerben wollen. Bereits vor einigen Jahren hat sich der Gemeinderat gegen einen Verkauf ausgesprochen.

Die Gemeinderäte halten einen Verkauf für nicht sinnvoll, nachdem auch vor dem Gemeindehaus nur wenige Parkplätze zur Verfügung stehen und diese vier weiteren öffentlichen Parkplätze dringend gebraucht werden.

Ein Gemeinderat schlug vielmehr vor sich Gedanken über die Parkplätze hinter der Kirche zu machen, da diese immer leer stehen.

Der Gemeinderat fasste mit 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

Dem Verkauf eines öffentlichen Parkplatzes entlang der Kirchheimer Straße wird nicht zugestimmt.

9.5 Ertüchtigung Klärstufe – Entwurfsplanung Belüfterbrücke

Herr Kebache informierte, dass bereits im Jahr 2015 der Auftrag an die Weber Ingenieure erteilt wurde eine Entwurfsplanung anzufertigen. Diese sei nun fertiggestellt und es gebe keine Änderung zu den im Gremium vorgestellten Plänen des letzten Jahres. Derzeit erfolgt die Ausschreibung, so dass am 16. Januar 2017 die Submission erfolgen kann. Die Vergabe der Arbeiten wird in der Sitzung im Februar stattfinden.

Herr Kebache rechnet mit Kosten weit über 200.000 Euro, die in der Haushaltsplanung 2017 aufgenommen sind.

9.6 Breitbandausbau

Herr Kebache informierte die Gemeinderäte, dass der Landkreis derzeit damit beschäftigt ist, eine Backbone-Planung zu erstellen. Ziel ist es hier, ein Glasfasernetz über den ganzen Landkreis verteilt herzustellen. In jeder Gemeinde soll ein sogenannter Pop-Standort errichtet werden, von wo aus dann die jeweiligen Gemeinden ihr Glasfasernetz ausbauen können. Die Gemeinde Notzingen hat in diesem Zusammenhang bereits einige Fragebögen ausgefüllt und auch Rücksprache mit dem Landkreis gehalten. Nachdem in Notzingen bereits 2011 mit einem Breitbandausbau begonnen wurde (Leitung von Kirchheim nach Notzingen), ist es nun wichtig am Ball zu bleiben. Derzeit ist flächendeckend eine Bandbreite von mindestens 16 Mbit im Ort zu verzeichnen, vereinzelt auch bis zu 50 Mbit. Ziel ist es allerdings deutschlandweit 50 Mbit zu gewährleisten. Durch die FTTB- und die FTTH- Anbindung sollen Glasfaserkabel bis zum Haus gelegt werden. Das Kupferkabel soll mittelbis langfristig komplett ersetzt werden.

Der Bund stellt Fördermittel für Kommunen zur Verfügung, um sich in Bezug auf den Breitbandausbau beraten zu lassen. Ein derartiger Antrag wurde in Zusammenarbeit mit der Beratergesellschaft Baden-Württemberg bereits gestellt und der volle Förderumfang von 50.000 € beantragt. Sobald der Zuwendungsbescheid eingegangen ist, wird eine entsprechende Firma mit der Planung beauftragt.

9.7 Bauarbeiten in der Hermannstraße 3 sowie im Lamm-Areal

Bürgermeister Haumacher informierte, dass die beiden Gebäude als Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet werden sollen. Der Landkreis Esslingen macht der Gemeinde Druck, da in diesem Jahr noch nicht das Soll an Plätzen bereitgestellt wurde. Die Architekten des Büros KLE sind diesbezüglich für die Gemeinde tätig, so dass bereits eine Baugenehmigung für das Gebäude Hermannstraße 3 vorliegt. Nun müssen diverse Arbeiten vorgenommen werden wie Zimmerer-, Sanitär-, Elektro-, Gipser-, Fliesen-, Schreiner-, Parkett-, Maler- und Tapeziererarbeiten. Darüber hinaus müssen zwei Waschmaschinen. Wäschetrockner, Mobiliar und ein Stellplatz hergestellt werden. Örtliche Firmen wurden angeschrieben und um die Abgabe von Angeboten gebeten.

Ein Gemeinderat informierte sich, ob die Gemeinde an den Maßnahmenkatalog der KLE-Architekten gebunden ist. Er kann einige Positionen wie beispielsweise die Arbeiten am Parkett oder die Herstellung eines Stellplatzes nicht nachvollziehen.

Ein Gemeinderat informierte sich über die Endsumme. Diese sind noch nicht eindeutig festgesetzt, werden aber auf 30.000 – 35.000 € geschätzt. Der Architekt hofft, dass noch im Dezember einige Arbeiten umgesetzt werden können.

Bürgermeister Haumacher stellte weiterhin den Maßnahmenkatalog für das Gebäude Lamm vor. Insbesondere der Austausch der Heizungsanlage mit einem veranschlagten Wert von ungefähr 52.000 € ist ausschreibungspflichtig. Die Firma Söllner wird hierfür eine Ausschreibung vorbereiten. Die Vergabe der Aufträge soll zeitnah durch die Verwaltung erfolgen.

Ein Gemeinderat hinterfragte, ob es sinnvoll sei, das Lamm komplett zu sanieren oder ob nicht erst das 1. Geschoss, das vermietet werden soll, renoviert wird.

Bürgermeister Haumacher hält einen kompletten Um- und Ausbau für unumgänglich, da der Bedarf sowohl für die Erstunterbringung des Landkreises als auch für die

Anschlussunterbringung der Gemeinde vorhanden ist. Außerdem steige der Druck auf die Kommunen, da die Landkreise damit beschäftigt sind, die Notunterkünfte zu schließen und die Geflüchteten auf die Gemeinden verteilen. Überdies komme der Familiennachzug auch noch dazu.

Ein Gemeinderat informierte sich, ob sich die geänderten Flüchtlingszahlen auch schon auf die unterzubringenden Personen im Landkreis wiedergespiegelt haben. Ein Gemeinderat merkte hierzu an, dass aktuelle Zahlen bald veröffentlicht werden. Der Druck für die Gemeinden ist größer, da zwar weniger Flüchtlinge einreisen, allerdings aber parallel die Räumung der Notunterkünfte vorgenommen wird. Dort ziehen Massen an Personen aus. Es sei wichtig, dass die Hermannstraße zeitnah fertiggestellt wird, da die Gemeinde unter Zugzwang ist.